

Meine Lebensgeschichte >>> Staatsbürgerliche - Informationen

2. >>> Die Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung seit 1945 <<<



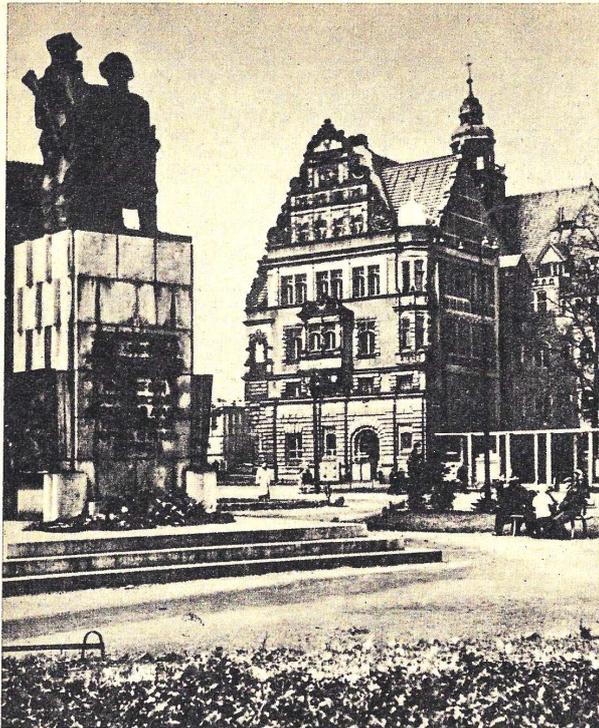
*Die Marienkirche in Danzig, im Hintergrund links Neubauten an der Heilig-Geist-Gasse
(Aufnahme aus dem Jahre 1956) Foto: Literarische Korrespondenz Boldt*

Die Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung seit 1945

Grundlagen der Urteilsbildung

Der Stand unserer Unterrichtung über die tiefgreifenden Wandlungs-, ja Zerstörungsvorgänge, denen die deutschen Ostgebiete seit 1945 ausgesetzt sind, ist bis etwa 1956 recht unbefriedigend gewesen. Bis dahin stand dem deutschen Volke ein Bild seiner Ostgebiete vor Augen, das ihre 700jährige Zugehörigkeit zum deutschen

Kultur-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgefüge, zur deutschen Geschichte schlechthin, geprägt und das es sich selbst über die Katastrophen des Kriegsendes hinweg verklärend bewahrt hatte. Aber das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch hat dieses Bild in der Wirklichkeit vollkommen verändert, es teilweise ganz ausgelöscht, ohne daß wir diesseits von Oder und Neiße die Möglichkeit hatten, notwendige Korrekturen in Anschauung und Be-



Liegnitz von heute. Das wiederhergestellte Rathaus mit dem „Denkmal der Waffenbrüderschaft zwischen der sowjetischen Armee und der polnischen Volksarmee“

Foto: Lit. Kor. Boldt

wußtsein nachzuziehen. Es fehlten die greifbaren Unterlagen einer Urteilsbildung. Ein eiserner Vorhang des Schweigens hatte sich zunächst über das Schicksal Ostdeutschlands herabgesenkt.

Die Unterlagen, die für die Bewertung der Zustände in den deutschen Ostgebieten zur Verfügung standen, waren wie die einzelnen Phasen der Entwicklung, besonders unter polnischer Verwaltung, sehr ungleichmäßig. Die erste Phase, von 1945 bis 1947, wird durch ein vollständiges Chaos gekennzeichnet, in dem selbst polnischen Stellen ein Überschauen der Veränderungsvorgänge unmöglich war. In dieser Zeit der Vertreibungen einerseits und des wilden Zustroms von Polen andererseits waren die Erlebnisse der Ostdeutschen die einzige Nachrichtenquelle. Es vergingen aber noch Jahre, ehe sie dokumentiert und systematisch verwertet wurden. In der zweiten Periode, 1947 bis 1949, herrschte polnischerseits zwar eine gewisse Offenherzigkeit, aber noch immer fehlte in Deutschland die Möglichkeit einer breiteren Sammlung und übersichtlichen Verarbeitung. Als sich diese schließlich anbahnte, bewirkte die in Polen seit 1949 angelaufene völlige Umformung des Lebens durch den sowjetisierenden Staat und eine damit verbundene Geheimhaltungspsychose, daß keinerlei Nachrichten mehr nach dem Westen drangen. Erst seit 1954 und vor allem im Jahre des polnischen politischen Tauwetters 1956 stieg die Welle von Nachrichten in jeder Form so stark an und nahm auch die Möglichkeit einer unabhängigen Unterrichtung in einer Weise zu, daß nunmehr eine sachengerechte Darstellung der verwandelten deutschen Ostgebiete nicht nur denkbar, sondern geradezu erforderlich wurde. Kritisch gelesene Vertriebenenberichte und Briefe, deutsche vor allem aber polnische Reportagen, sorgfältig

2

gedeutete amtliche Verlautbarungen und Statistiken, polnische und deutsche leidenschaftslose wissenschaftliche Abhandlungen, Befragungsberichte, Zeitungs- und Rundfunkmeldungen, lassen uns jetzt schon ein umfassendes Bild der Entwicklung nach 1945 und der heutigen Verhältnisse gewinnen.

Fremde Verwaltung (Siehe Karten Seite 6 u. 7)

Nach vor Abschluß der Kampfhandlungen und den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz hatte die Rote Armee die Verwaltung jenseits der Oder und Neiße eigenen und polnischen Stellen übertragen. Ihre tatsächliche Organisation erfolgte in den Sommermonaten von Königsberg, Allenstein, Stettin und Breslau aus.

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig war schon am 30. März 1945 Polen einverleibt worden und bildete zusammen mit fünf nördlichen Landkreisen der früheren Wojewodschaft Pommerellen, vier westpreussischen Kreisen sowie dem pommerischen Kreis Lauenburg die „Wojewodschaft Danzig“.

Ostpreußen wurde ohne Rücksicht auf Verkehrsnetz und Landschaftseinheiten durch die breitgradparallel gezogene polnisch-sowjetische Demarkationslinie von Braunsberg am Frischen Haff bis Schittkehmen im Kreise Goldap durchschnitten. Während der nördliche Teil mit Königsberg und Gumbinnen (13 500 qkm) als „Gebiet Kaliningrad“ in die Russische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert wurde, bildete der Hauptteil des polnischen Verwaltungsgebietes die Wojewodschaft Allenstein. Ihr gehören jedoch nicht die zur Wojewodschaft Bialystok geschlagenen Kreise Goldap, Treuburg und Lyck an, statt dieser aber die ehemaligen westpreussischen Kreise Rosenberg und Neumark sowie der alte ostpreussische Kreis Soldau.

Ostpommern jenseits der Oder und seit Oktober 1945 auch mit dem westlichen Vorland von Stettin und Swinemünde, bildete zunächst eine große Wojewodschaft, wobei der grenzmärkische Kreis Schönlanke mit Schneidemühl und der neumärkische Kreis Friedeberg im Austausch gegen die brandenburgischen Kreise Königsberg/Neumark (ohne Küstrin) und Soldin an die Wojewodschaft Posen kamen. Seit 1950 bestehen zwei pommerische Wojewodschaften, eine westliche mit Stettin und eine östliche mit Köslin als Verwaltungssitz, wobei die ehemalige Regierungsbezirksgrenze aus der Zeit vor 1938 wieder zur Geltung kam.

Von Ostbrandenburg wurde der Hauptteil zusammen mit dem gegen den Kreis Sorau ausgetauschten niederschlesischen Kreis Grünberg und dem grenzmärkischen Kreis Fraustadt zunächst der Wojewodschaft Posen zugeteilt. Seit 1950 bildet Ostbrandenburg eine eigene Wojewodschaft mit Grünberg als Verwaltungssitz, wobei die niederschlesischen Kreise Glogau, Freystadt und Sprottau einverleibt wurden.

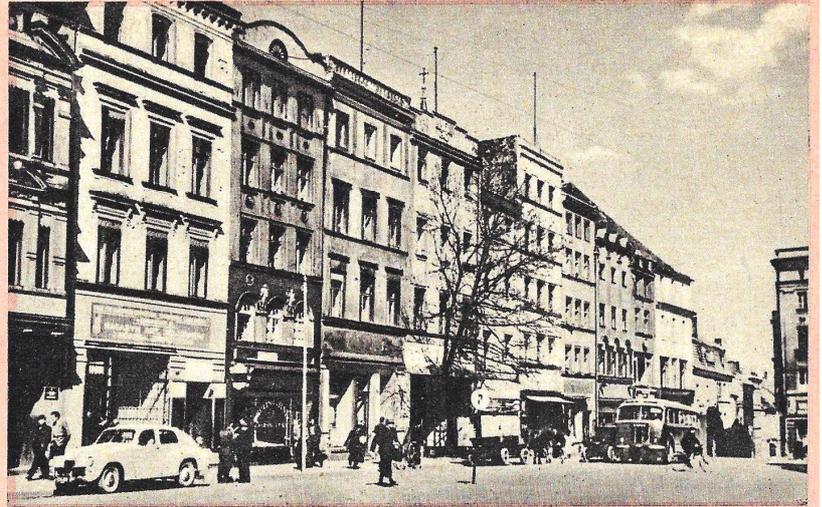
Zoppot. Blick in die Seestraße mit der evangelischen Kirche

Foto: Lit. Kor. Boldt



Schlesien gliederte sich zunächst in die Wojewodschaft Breslau, welche im wesentlichen die ehemaligen Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz (ohne Westzipfel, der in die sowjetisch besetzte Zone hineinragt) umfaßte, und die Wojewodschaft Oberschlesien mit Kattowitz als Hauptstadt, die den ganzen ehemaligen Regierungsbezirk Oppeln, aber auch ostoberschlesische, kongreßpolnische und galizische Kreise umschloß. 1950 wurde Schlesien durch die Bildung einer Wojewodschaft Oppeln neu zergliedert. Die neue Wojewodschaft wurde um die niederschlesischen Kreise Brieg und Namslau vergrößert, die Wojewodschaft Kattowitz behielt aber die Landkreise Guttentag, Tost-Gleitwitz und Beuthen-Tarnowitz und die Stadtkreise Hindenburg, Beuthen und Gleitwitz.

Bis 1949 wurden die vom polnischen Staat offiziell „Wiedergewonnene Gebiete“ genannten Territorien (rd. 100 000 qkm) durch ein eigenes Ministerium unter dem Sekretär der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomułka, verwaltet. Diese Sonderstellung wurde 1949 aufgehoben. Die neue Verwaltungseinteilung von 1950, die in Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien auch einige Kreise neu entstehen ließ, verwischte die historischen Provinzgrenzen noch mehr, wenn auch die Reichsgrenze von 1939 in den Wojewod-



Marktplatz der schlesischen Stadt Frankenstein Foto: Lit. Kor. Boldt

Die deutschen Ostgebiete sind also heute, abgesehen vom sowjetischen „Gebiet Kaliningrad“, auf zehn polnische Wojewodschaften: Stettin, Köslin, Grünberg, Breslau, Oppeln, Allenstein, Bialystok, Danzig, Kattowitz und Posen aufgeteilt, von denen aber nur die fünf ersten ausschließlich deutsches Gebiet umfassen. Die Wojewodschaft Allenstein besteht überwiegend aus deutschen Kreisen, die Wojewodschaften Danzig und Kattowitz sind gemischt, in Bialystok und Posen sind nur kleine deutsche Teile eingegliedert worden.

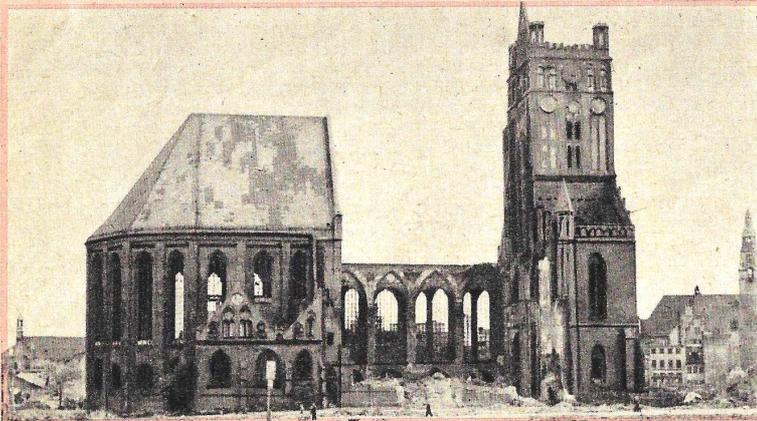
Bevölkerungsverschiebungen

Weit schwerer als die fremde Verwaltungsgliederung veränderten die Vertreibung der deutschen und der Zustrom fremder Bevölkerung das Land. Da die polnische Verwaltung in den Ostgebieten trotz der Flucht, der Verschleppungen, der Verluste durch Kampfhandlungen und Drangsalierungen, noch an 4,5 Mill. und die sowjetische etwa 250 000 Deutsche vorfand, begannen sie bereits vor den Potsdamer Beschlüssen mit Massenausweisungen, die in mehreren Wellen das Land von deutscher Bevölkerung entblöhten. Schließlich hatten Enteignungen, Plünderungen, Zwangsarbeit, Verelendung und die übrigen Begleiterscheinungen fremder Inbesitznahme dazu geführt, daß die Deutschen danach strebten, die entfremdete Heimat möglichst bald zu verlassen.

Mit dem Jahre 1947 waren die systematischen Vertreibungen im wesentlichen abgeschlossen. Die jetzt noch in der Heimat, fast nur noch unter polnischer Verwaltung, gebliebenen Deutschen wurden angesichts der angelauten Wirtschaftspläne meist als wichtige Arbeitskräfte zurückgehalten, besonders als Landarbeiter in Pommern,

besonders als Landarbeiter in Pommern oder Bergleute in Waldenburg, oder man versuchte, sie zu Polen zu machen.

Während sich der Einstrom russischer und anderer Zivilbevölkerung aus der Sowjetunion einer Beobachtung von außen völlig entzog, hat sich die Besiedlung der Ostgebiete durch Polen, die mit dem Rückgang der deutschen Bevölkerung ungefähr gleichlief, in gut erkennbaren Formen und Phasen vollzogen. Zunächst überfluteten Scharen von Plünderern und beutesuchenden Abenteurern das Land, denen wilde Siedler aus den polnischen Grenzgebieten folgten. Hinzu kamen im Herbst 1945 vertriebene „Repatrianten“ aus den an die Sowjetunion abgetretenen polnischen Ostgebieten (178 000 qkm), aus dem Westen zurückgeführte „Reemigranten“ und schließlich Umsiedler aus Zentralpolen. Doch war diese Besiedlung zunächst nur ein mehr oder



Die durch Kriegseinwirkung zerstörte Jakobi-Kirche in Stettin. Die Ruine ragt heute weit ins pommersche Land hinein, da um das Gotteshaus herum kaum ein Gebäude stehen blieb. Der Ostteil des Kirchenschiffes wurde inzwischen überdacht Foto: Ulstein

schafts- und Kreisgrenzen von Bütow bis Schneidemühl und von Friedeberg/Nm. bis Rosenberg/Oberschl. sowie an der Südgrenze der Wojewodschaft Allenstein erhalten geblieben ist. Wichtiger war, daß mit den aufgehobenen Verwaltungszusammenhängen auch die trotz aller Veränderungen ins Auge springenden kulturräumlichen Grenzen eingeebnet werden sollten.

War 1946 die deutsche ländliche Gemeindebezirkseinteilung aufgehoben worden, um dem System der größeren polnischen Landgemeinden (gminy) Platz zu machen, so erfolgte 1954 zur besseren verwaltungsmäßigen und politischen Erfassung wiederum eine Verkleinerung zu Dorfgemeinden (gromady). Sie sind die unterste Stufe eines 1950 nach sowjetischem Muster eingeführten Systems von „Nationalräten“, welche die Verwaltung praktisch in der Hand haben.



Straßenbild im Außenbezirk des heutigen Breslau Foto: Keystone

weniger planloses Hineinpumpen hilfloser Menschenmassen in unbekannte, unvorbereitete und vielfach kriegszerstörte Gebiete. Der Zustrom der ersten Jahre verebbte etwa 1948, ab 1950/51 trat sogar ein erheblicher Rückstrom ein, da Rechtsunsicherheit und ungeklärter wirtschaftlicher Horizont die Bevölkerung Polens von der Siedlung abschreckten.

Das Ergebnis der Besiedlung war schon rein zahlenmäßig unbefriedigend. Lebten vor dem Kriege in den jetzt polnischer Verwaltung unterstehenden deutschen Ostgebieten und auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig 8,86 Mill. Menschen, so waren es 1950 lediglich 5,86 Mill. Selbst wenn diese Zahl bis 1955 auf 6,89 Mill. gestiegen ist und 1958 die 7-Millionengrenze überschritten haben dürfte, so war der Vorkriegsstand mit 78 v. H. (1955) bei weitem nicht erreicht. Die Ostgebiete machen zwar 32,3 v. H. der Fläche Polens aus, stellen aber nur knapp 25 v. H. der Einwohner.

Bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß die fremde Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten einen stärkeren Geburtenzuwachs als Polen aufzuweisen hat. Doch hat eine Geburtenüberschufsziffer von 26, in einzelnen Städten von über 30 v. T. (gesamtpolnischer Durchschnitt 18,9; Bundesrepublik 6 v. T.), nicht vermocht, die Bevölkerungsziffer auf den Vorkriegsstand zu bringen, wenn auch 1,5 Mill. schon in den ostdeutschen Gebieten geboren sind und der hohe Anteil jüngerer Jahrgänge, etwa derjenigen im Alter von 20 bis 34 Jahren (1950: 28,1 v. H., gegenüber 22,4 v. H. in Polen) auf eine weitere hohe Geburtenziffer schließen läßt. Den Gipfelpunkt scheint sie bereits überschritten zu haben.

In der bunten herkunftsmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung spiegeln sich noch einmal die Siedlungs- und Zuwanderungsvorgänge wider. Danach stellen heute die Umsiedler aus Zentralpolen mit 3,8 Mill. die weitaus größte Herkunftsg-

ruppe dar. Ihnen folgen die polnischen Siedler von jenseits des Bug mit 1,9 Mill. Die Eingesessenen, d. s. „anerkannte Deutsche“ und „Autochthone“ machen etwa 1,3 Mill. aus. Aus dem Ausland sind nur 0,1 Mill. Polen gekommen.

Wurde in den ersten Nachkriegsjahren polnischerseits der Eindruck erweckt, daß es keine Volkstumsfragen in Ostdeutschland mehr gäbe, so war doch seit 1950 eine Rücksichtnahme gegenüber den auf etwa 150 000 zusammengeschmolzenen „anerkannten Deutschen“, seit 1956 auch gegenüber den 1,1 Mill. „Autochthonen“ festzustellen. Wurde den ersten das Recht auf ihr Deutschtum auch nicht mehr bestritten, indem man ihnen mit Schulen, einer deutschsprachigen Zeitung und mit einer „sozial-kulturellen Gesellschaft“ das Gepräge einer nationalen Minderheit verlieh, so sollte die „autochthone“ Bevölkerung Oberschlesiens und Masurens dem Polentum „zurückgewonnen“ werden. Zweifellos gab es unter den deutschen Staatsbürgern solche, die sich auch zu deutscher Zeit zum Polentum bekannt haben, größer aber ist die Zwischenschicht der national Unentschiedenen.

Kino am Hauptplatz der ostpreußischen Stadt Allenstein Foto: Keystone



Es besteht jedoch kaum ein Zweifel darüber, daß der größte Teil der „Autochthonen“ trotz der „Verifizierung“, mit der die Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit verbunden war und welche ein Bekenntnis zur polnischen Nationalität einschließen sollte, sich von der enttäuschenden polnischen Verwaltung abgestoßen und zu Deutschland hingezogen fühlt.

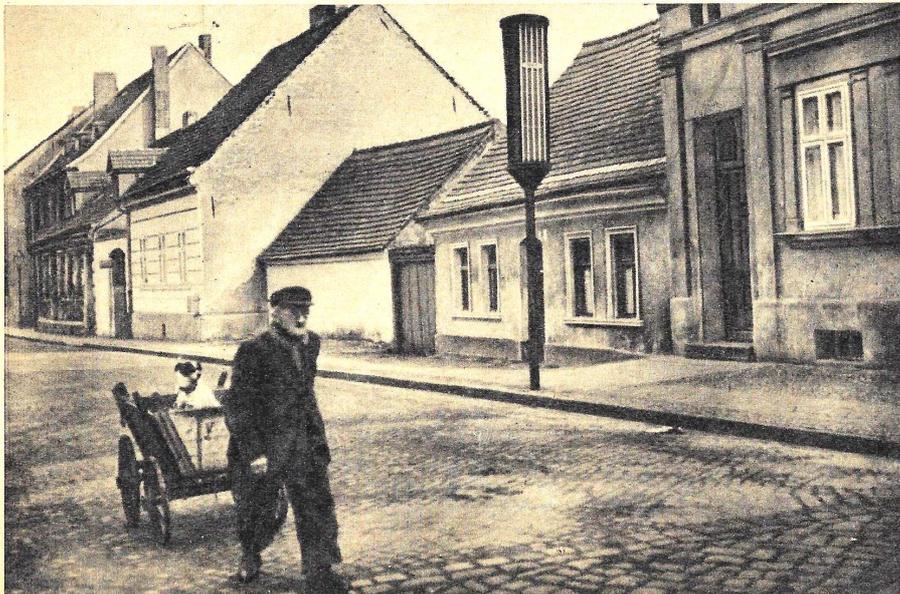
Das Volkstumsgefüge hat sich auch durch die Einsiedlung von Ukrainern aus Südpolen in Ostpreußen, Pommern und Schlesien verschoben, deren Zahl hier etwa 120 000 betragen dürfte. Weißruthenen, Juden, Zigeuner, Griechen und Spanier fallen weniger ins Gewicht.

Verschiedene Herkunft und Lebensgewohnheiten, soziale Unterschiede und teilweise auch konfessionelle Spannungen (etwa zwischen katholischen Polen, evangelischen Masuren und orthodoxen Ukrainern) haben die erwünschte Integration bisher nicht vollziehen können. Die bitteren Erfahrungen mit dem herrschenden Regime, ein deutliches Gefühl für das Unrecht der Vertreibung der Deutschen, die kümmerlichen Lebensverhältnisse in einem fremden Land haben eine echte Verwurzelung verhindert. Andererseits hat sich aber das äußere Erscheinungsbild der Ostgebiete in Stadt und Land, der Menschen und ihrer Lebensäußerungen „veröstlicht“.

Während Ostpreußen und Pommern dünn bevölkert sind, hatte sich Schlesien stärker mit Siedlern gefüllt. Es sind aber nirgends geschlossene ländliche Siedlungsräume entstanden. Die seit 1950 intensivere Industrialisierung und mit ihr verbundene Landflucht hat in einigen Großstädten die Dichte auf Kosten anderer Gebiete auch über den Vorkriegsstand anschwellen lassen. Einer Konzentration in ganz Schlesien, welches nahezu die Hälfte der heutigen Einwohner der Ostgebiete beherbergt, stehen die „Aschenbrödelwojewodschaften“ Köslin, Grünberg und Allenstein mit einem Rückschritt der Bevölkerungsdichte um 30 bis 35 v. H., stellenweise um 50 v. H. auf dem Lande und um 60 bis 80 v. H. in den kleinen Städten gegenüber.

Die Bergstraße in Frankfurt/Oder-Ost. Auf dem Bürgersteig ein Lautsprecher, der vom kommunistischen System zu propagandistischen Zwecken aufgestellt wurde

Foto: Ullstein



Trödelmarkt in den Straßen Breslaus. Die aus den ostpolnischen Gebieten eingewanderte Bevölkerung bringt ihre Lebensformen mit Foto: Keystone

Ein trauriges Kapitel sind besonders die kleinen Städte. Durch die Ballung von Verwaltung und Industrie in einigen wenigen größeren Städten und den Bruch im Austauschkreislauf zwischen Stadt und Land wurden ihnen die Lebensgrundlagen entzogen. Den Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Kaufleuten und den sonst das umgebende Land ergänzenden Berufen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren in den kleineren Städten niedergelassen hatten, wurde im Sinne der kommunistischen Doktrin die Eigenständigkeit genommen, sie wanderten daher lieber in die Industrieorte ab, wo sie schließlich in den bevorzugten Staatsbetrieben als Proletarier untertauchten. Die Zahl der kleinen Städte hat besonders in Ostpommern, Ostpreußen und Ostbrandenburg durch eine Degradierung zu Dorfgemeinden stark abgenommen. Diesem Absterben der kleinen Städte liegt weniger der mit zu berücksichtigende Zerstörungsgrad durch den Krieg, besonders aber der bauliche Verfall in der Nachkriegszeit zu Grunde, als die gewaltsame Veränderung der soziologischen Struktur, die in der Herausbildung einer „abhängigen“, besitzungebundenen, fluktuierenden Bevölkerung ihren Ausdruck findet.

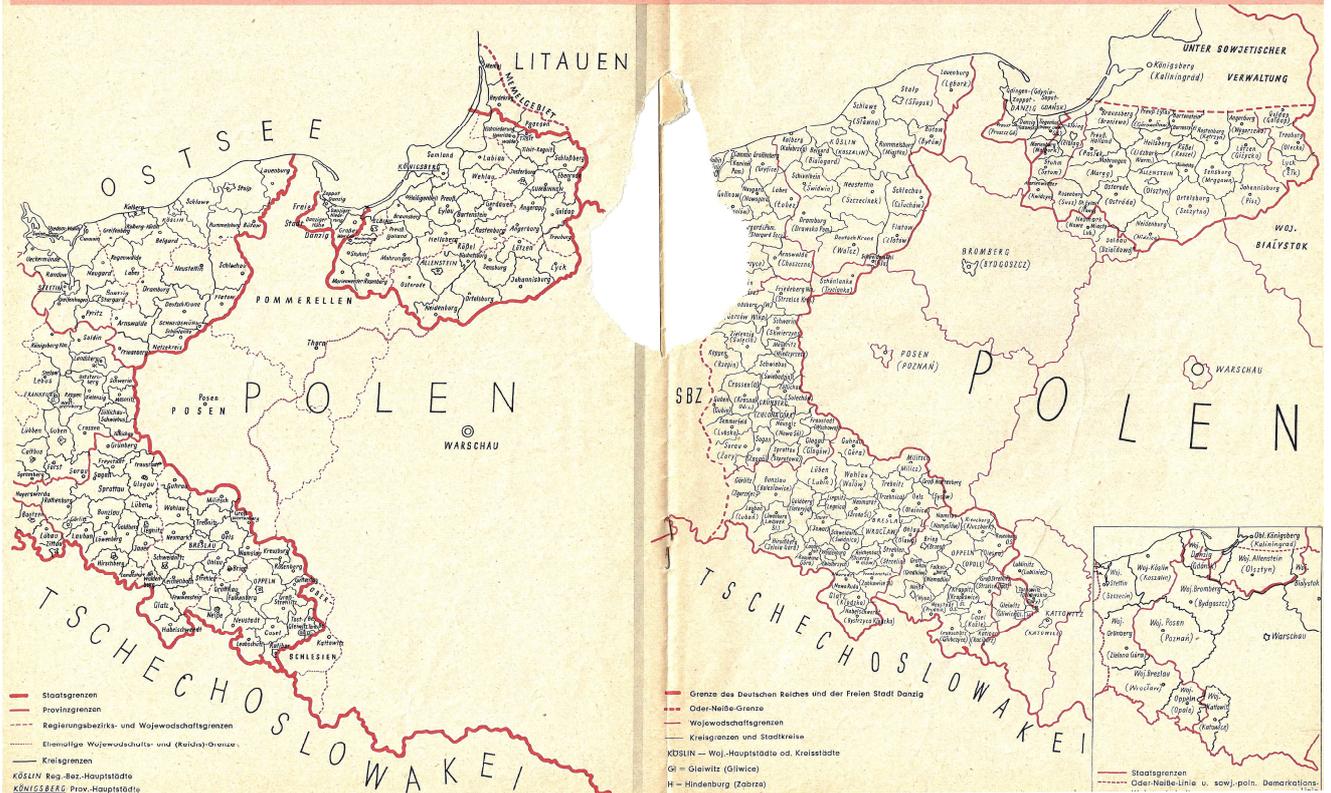
Industrie

Die Ausgangslage der polnischen Nachkriegswirtschaft für einen wirtschaftlichen Um- oder gar Aufbau der deutschen Ostgebiete war infolge der Bevölkerungsvorgänge und mancher Zerstörungen in den Städten (Breslau, Glogau, Küstrin, Stettin, Kolberg) und Dörfern gewiß schwierig. Zwar waren große Teile der ostdeutschen Industrie, besonders in Oberschlesien und am niederschlesischen Gebirgsrand unzerstört in sowjetische Hände gelangt, doch die einsetzenden Demontagen der Sowjets haben sowohl in der Industrie als auch in den großen Landwirtschaften den Wert dieser Gebiete für Polen beträchtlich gemindert, wie auch manche noch nach der Kapitulation vorgenommenen Städtezerstörungen (Danzig! Pommern!) auf das Konto

Die Ostgebiete des Deutschen Reiches

In den Grenzen von 1937 - Stand 1.9.1939

Unter fremder Verwaltung - 1958



einer vorausschauenden Skrupellosigkeit des sowjetischen „Bundesgenossen und Befreiers“ gehen, der dem neuen polnischen Staat von vornherein die Rolle eines gängelbaren Satelliten zuwies. Sowjetische Beutemacherei, Brandstiftung und Demontage gingen mit den wenig besseren Methoden polnischer „Erster Brigaden“ Hand in Hand und hinterließen ein Land, das nach polnischen, allerdings mit Vorsicht zu gebrauchenden Angaben in seinem städtebaulichen Bestand zu 40 v. H., in landwirtschaftlichen Gebäuden zu 25 v. H., zu 40 v. H. in seinen Industriebauten und zu 70 v. H. in seiner industriellen Ausstattung zerstört gewesen sein soll. Ist es auch polnischerseits üblich, alle Schäden als Kriegsfolgen zu bezeichnen, so ist doch gleichzeitig an die jahrelange gewissenlose Verschleuderung des vorgefundenen beweglichen und unbeweglichen Eigentums, vor allem aber an den unanschätzbaren nachträglichen und andauernden Verfall zu denken.

Die Bedeutung der Oder-Neiße-Gebiete für Polen lag vor allem darin, daß sie auf lange Sicht die Grundlage der geplanten Industrialisierung bilden sollten, die nach sowjetisch-stalinistischer Theorie zum „sozialistischen Umbau“ der gesamten Wirtschafts- und Lebensordnung zu führen hatte. Dieser Prozeß geriet aber durch die Bevölkerungsverschiebungen von vornherein in Schwierigkeiten, der Aufbau ging unorganisch und fast nur auf dem Gebiet der Schwerindustrie voran, für welche zwar genügend große Rohstoffvorkommen vorhanden sind, die aber lediglich an einigen Schwerpunkten konzentriert wurde. Anstelle von 44 Betrieben mit über 1000 Arbeitern im Jahre 1933, gab es 1956 etwa 100. Leicht- und Lebensmittelindustrie wurden weitgehend brachgelegt, die Ansätze neuen Handwerks wurden im Zuge der Verstaatlichung und Proletarisierung erstickt, Dienstleistungsbetriebe wurden überflüssig.

Bei solcher Entwicklung wurden aber Hunderte von mittleren und kleineren Industriebetrieben ungenutzt dem Verfall überantwortet, mit ihnen die Städte, auf deren Arbeitskräfte sie sich einst gestützt hatten. Diese einseitigen Gewichtsverlagerungen hatten ein Fluktuieren der ohnehin wenig verwurzelten, staatsabhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger zur Folge, die in die großen Betriebe drängten, ohne daß auch nur die Absicht bestand, die zahlreichen örtlichen kleineren und



Verfallende Häuserfronten am Marktplatz von Hirschberg in Schlesien

Foto: Keystone

weniger standortgebundenen Betriebe wieder in Gang zu setzen.

Trotz geringer Arbeitsproduktivität, ungünstiger Kostenstruktur, vielfach verfehlter Planung und mangelhafter Qualität, trotz schlechter Arbeitsmoral, Facharbeitermangels und Bürokratisierung setzten das in die Hand gefallene Rohstoff- und Industriepotential und die Forcierung einiger Industriezweige, wie des Kohlenbergbaus und Hüttenwesens, der chemischen Industrie, Energie- und Zementherzeugung, Polen instand, zum fünften (hinter England, Deutschland, Frankreich und Italien) Industrieland Europas aufzurücken. Heute stammt etwa die Hälfte des polnischen Exports (besonders Kohle, Koks, Zement, Holz) aus den deutschen Ostgebieten, wenn auch der Wert der Globalproduktion der Industrie hier 1955 nur 29 v. H. der gesamten polnischen ausmachte (Wojewodschaft Breslau 10,1; deutsche Teile der Wojewodschaft Kattowitz 5,8; Danzig 4,1).

Die einseitige Begünstigung der Schwerindustrie hat wohl schon früher betriebene, standortbegünstigte Werke erfaßt oder gar ausgebaut, einer weiteren Entwicklung derselben, vor allem aber einem Aufbau der Leichtindustrie, stellen sich große Hindernisse entgegen. Die zu geringen Zuteilungen von Mitteln für Industrieinvestitionen, die bisher der Schwerindustrie und hier

nicht einmal derjenigen in den deutschen Ostgebieten (1955 nur 23,6 v. H.) zugute kamen, machen eine gleichzeitige Förderung anderer Industriezweige unmöglich. Außerdem wirken sich die ohnehin beschränkten und teilweise vergeudeten Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten und die Kostenüberschreitungen ungünstig aus. Wenn das Verhältnis zwischen Investitionen und Produktionsausstoß hier trotzdem günstig lag, so zeigt sich darin der effektive ökonomische Wert der deutschen Ostgebiete für die polnische Wirtschaft, auch wenn Polen weiterhin an der Priorität des Industrieaufbaus in seinen eigenen Landesteilen festhält; an den Gesamtinvestitionen, die sowohl die industriellen wie auch landwirtschaftlichen und kommunalen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Intensivierung bilden, war das Oder-Neiße-Gebiet, das ein

Verlassen und leer wie diese Straße in dem neumärkischen Städtchen Soldin wirken heute viele Dörfer und Städte in den deutschen Ostgebieten. Foto: Keystone



Drittel des polnischen Staatsgebietes ausmacht, im Jahre 1955 nur mit 24,4 v. H. beteiligt, was einen Rückschritt gegenüber den Vorjahren bedeutet. Augenscheinlich zehren diese Gebiete von der Substanz der guten deutschen Ausstattung, auch wenn diese zunehmend verfällt.

Immerhin hatte sie bewirkt, daß der Anteil der deutschen Ostgebiete an einzelnen Produktionszweigen bereits 1949 höher war, als der Wertanteil des gesamten Gebietes an der polnischen Globalproduktion; bei der Elektrizitätserzeugung betrug er 1957 32,1 v. H., an der Steinkohlenförderung 29 v. H., an der Schwefelsäureproduktion 52,5 v. H. und bei Zement 31,1 v. H.

Es ist besonders der Zustand der in ihrer baulichen und wirtschaftlichen Substanz verfallenden Städte, welcher eine gleichzeitige Belebung sonstiger Industriezweige (Leichtindustrie, Lebensmittel-, Textil-, Papierindustrie und Baugewerbe) so unwahrscheinlich macht. Hier wirkte sich die jahrelange sträfliche Vernachlässigung der Oder-Neiße-Gebiete am sichtbarsten aus. Der Wohnungsverfall ist ein in allen polnischen Veröffentlichungen herausgestelltes brennendes Problem, das bei den fehlenden Instandsetzungs-, geschweige denn Neubaumitteln kaum zu lösen ist. Der „Wohnungswandalismus“, welcher zum fortgesetzten Häuserverfall, zur „Dekapitalisierung“ führt, ist oft in polnischen Zeitungen

wirklich landhungrigen, in kümmerlichen Agrarverhältnissen aufgewachsenen Menschen waren zudem nicht einmal zahlenmäßig in der Lage, die leerstehenden Dörfer zu füllen und deren Nutzfläche unter den Pflug zu nehmen.

Daß trotz des Menschenmangels das vorhandene Land nicht in größeren Stücken verteilt worden ist, die bäuerlichen Betriebsgrößen also zunehmend kleiner gehalten wurden und die Gutsflächen immer weniger angeschnitten wurden, ergab sich aus der Landwirtschaftspolitik des kommunistischen Regimes. Hier wirkte sich, wie in der Industrie, der besonders seit 1949 forcierte „sozialistische Umbau“ der gesamten Agrarstruktur durch eine mit allen Mitteln des politischen und wirtschaftlichen Zwanges vorangetriebene Kollektivierung aus. Ihre Ausdrucksformen waren landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit den sie beherrschenden staatlichen Maschinenstationen und Staatsgütern. Mitte 1955 gehörten in den deutschen Ostgebieten etwa 48 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem „sozialistischen Sektor“ an (29 v. H. den Staatsgütern, 19 v. H. den Produktionsgenossenschaften). Besonders stark kollektiviert waren die Wojewodschaften Stettin (68 v. H.), Breslau (54 v. H.), Köslin (49 v. H.) und Grünberg (43 v. H.). Über allem thronte eine aufgeblähte Bürokratie, die sich zwar mit stalinistischer Doktrin vollgesogen hatte, aber doch nur zu einer kollektiven Mißwirtschaft fähig war. Eine Massenflucht ganzer Bauernfamilien vor dem „Klassenkampf auf dem Lande“, vor Ablieferungspflicht, Eigentumsunsicherheit, und zwar entweder in die Städte und Industrien oder gar nach Polen zurück, war das Ergebnis.

Die Leistungen der Landwirtschaft nahmen unter diesen Umständen ständig ab. Schon die Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Verstepungs- und Bewaldungserscheinungen von 64 v. H. auf 56 v. H. (im Jahre 1948) mußte sich nachhaltig auswirken. Weite Strecken hochwertiger Äcker und Weiden sind durch unzureichende Unkrautbekämpfung, fehlende Düngung, verfallene Meliorationsanlagen und oberflächliche Bearbeitung bei einer zu geringen Anzahl von Maschinen verkommen, ihre Grenze gegenüber dem Wald oder Sumpf (Danziger Werder! Oderbrüche!) hat sich verwischt. An die Stelle intensiven Fruchtwechsels ist weitgehend extensive Dreifelderwirtschaft mit starker Zunahme der Brach- und Ödlandflächen getreten, deren Anteil



Am Kaiserplatz in Beuthen/Oberschlesien Foto: Keystone

seit 1956 gebrandmarkt worden, ohne daß die Unbekümmertheit bei der Benutzung der dem Staat oder den Kommunen gehörenden Häuser aufgehört hätte. Selbst dort, wo Neubauten aufgerichtet werden, leiden sie unter mangelhafter Ausführung und geben zu heftigen Beschwerden Anlaß.

Der Wohnraummangel, eine allgemeine Erscheinung in Polen und in den deutschen Ostgebieten nicht einmal so drückend empfunden, ist mit eine Ursache dafür, daß es nicht gelingt, dem dringenden Bedarf an Fachleuten, Technikern, Ärzten, leitenden Beamten, sogar an Arbeitern abzuwehren. Junge, unerfahrene und unselbständige Arbeitskräfte, oft wirtschaftlich, sozial und auch moralisch tief stehend, desgleichen Nichtfachleute als Leiter von Betrieben sind keine Gewähr für einen breiteren Industrieaufbau.

Landwirtschaft

Ein selbst von polnischer Seite unbestrittener Rückgang hat die Landwirtschaft in den deutschen Ostgebieten erfaßt. Auch er ist zunächst eine Folge der Deutschenvertreibungen und des wilden Einstromens einer landfremden Bevölkerung mit primitiveren, zumindest so ganz anderen Vorstellungen von Ackerbautechnik gewesen. Diese teilweise

Der im alten Stil wieder aufgebaute Lange Markt in Danzig. Der Wiederaufbau dieser historischen Gebäude darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß große Teile der Stadt noch immer in Trümmern liegen.

Foto: Ullstein



sich verdreifacht hatte und zu deren „Bekämpfung“ jahrelang ein „Pioniereinsatz“ der Jugend aus zentralpolnischen Städten, Steuervorteile usw. nötig wurden. Ihre Fläche wird heute noch auf 500 000 ha geschätzt. Auch in der Waldwirtschaft mit ihren großen Holzeinschlägen und unterbliebenen Aufforstungen sind ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen.

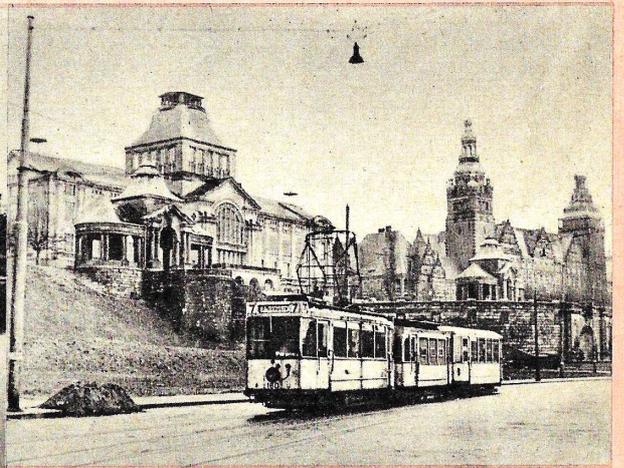
Der Rückgang der Nutzfläche findet besonders seinen Ausdruck in geringeren Erntemengen und Hektarerträgen. Sie haben noch bei keiner der Kulturen den Vorkriegsstand erreicht, sie sind sogar noch geringer als die ohnehin nicht hohen gesamt-polnischen Durchschnittserträge. Beispielsweise betragen in dem vorwiegend landwirtschaftlich bestimmten Pommern die Hektarerträge im Jahre 1955 bei Roggen 12,3 dz anstatt 15,6 im Durchschnitt der Jahre 1934/38; 13,2 dz Weizen anstatt 21,7; 13,2 dz Gerste anstatt 21,2; 12,7 dz Hafer anstatt 18,8; 82,5 dz Kartoffeln anstatt 173,9; 145,0 dz Zuckerrüben anstatt 324,2. Ständen in Polen 38,8 Stück Vieh auf je 100 ha, so in den Wojewodschaften Stettin und Allenstein nur 27 bzw. 29. Anstatt 12,5 Pferden auf 100 ha in Polen kamen in der Wojewodschaft Stettin nur 6,9, in Köslin 7,1, in Grünberg 9,6. Die Futtermittelschwierigkeiten durch mangelnde Wiesenpflege (bei zweimaligem

sehr sich die Physiognomie des Verkehrs im Verhältnis zur deutschen Zeit, noch mehr aber im Gegensatz zur westeuropäischen Entwicklung gewandelt hat. Ein mit Straßen und Eisenbahnlinien viel dichter als Polen überzogenes Gebiet (25 v. H. des deutschen Eisenbahnnetzes von 1937 stehen jetzt unter polnischer Verwaltung; etwa die Hälfte aller Straßen mit fester Decke, über die Polen heute verfügt, liegt in den deutschen Ostgebieten) ist jetzt zu einem der verkehrsärmsten Räume Mitteleuropas geworden. Gewiß ist von den Sowjets manche Strecke ganz oder teilweise demontiert worden, waren 45 v. H. der Eisenbahnbrücken zerstört. Empfindlicher aber waren die Zerschneidung organisch gewachsener großer Verkehrsadern durch Oder- und Neiße-Linie sowie Demarkationslinie in Ostpreußen und ihre Umorientierung auf die niedrigeren neuen Bedürfnisse der Wirtschaft Polens oder den sowjetischen Transit.

Etwas mehr als die Hälfte der wegen ihres schlechten jetzigen Erhaltungszustandes für den Autoverkehr ausfallenden Straßen Polens liegen in den deutschen Ostgebieten. Ähnliche Zustände herrschen im Binnenschiffsverkehr. Auf der Oder hat er sich erheblich verschlechtert, Baggerungen sind jahrelang unterblieben, Schleusen und Uferbefestigungen sind vernachlässigt,



Teilansicht der Dominsel in Breslau, rechts der Dom, links die wiederhergestellte Kreuzkirche
Foto: Lit. Kor. Boldt



Die Hakenerrasse in Stettin im Jahre 1956 Foto: Lit. Kor. Boldt

Schnitt werden nur 18 dz je ha Wiesen- und Weidefläche eingebracht), die fehlgeschlagene Maisanbau-Aktion und die um rund 30 v. H. zurückgegangenen Erträge des Kartoffel- und Rübenanbaus machen den vollkommenen Niedergang der Viehzucht deutlich. Bei Hornvieh sind 53 v. H. des Vorkriegsbestandes, bei Schweinen 57 v. H. vorhanden.

Der politische Umschwung im Herbst 1956 hat zwar die Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaften nahezu völlig aufgehoben, ein neues Interesse an Grund und Boden geweckt, bei nachlassendem Ablieferungszwang auch die Produktion leicht angehoben, die Grundübel der kranken Landwirtschaft sind freilich noch kaum angepackt worden. Es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß der Bauern- und Arbeitskräftemangel behoben, der mit riesigen Defiziten arbeitende Maschinenpark und der Düngemittelverbrauch vergrößert, die Ackerbautechnik verbessert, die unzulänglichen Investitionsmittel vermehrt worden sind. Damit besteht auch keine begründete Aussicht, daß der einstige Hochleistungsstand der deutschen agrarischen Überschußgebiete in den nächsten Jahren erreicht wird.

Verkehrswesen

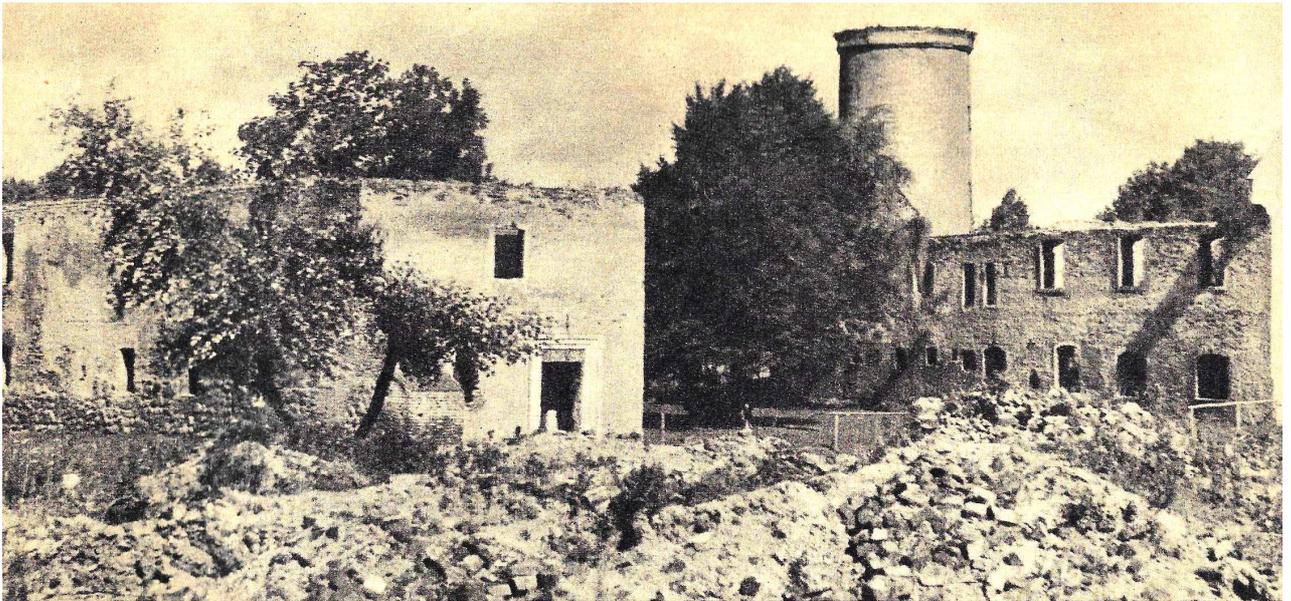
Einer wirtschaftlichen Erholung steht auch das verkümmerte Verkehrswesen entgegen. Schon die auffallende Verkehrsleere auf den Straßen und ein damit verbundener Seltenheitswert des Kraftwagens, besonders des Personenaufos, ist ein Anzeichen dafür, wie

der Schiffspark ist zusammengeschrumpft. Auf der unteren Oder und Weichsel wurden im Jahre 1954 zusammen nur 3,3 Mill. t befördert, 1938 dagegen waren es 15,5. Auch die Seehäfen haben ihre Vorkriegskapazität noch nicht erreicht.

Polnische Kulturpolitik

Das Bild Ostdeutschlands unter fremder Verwaltung, eines jetzt wahrhaft „unterentwickelten Gebietes“ mitten in Europa, könnte noch auf manchen anderen Lebensgebieten ergänzt werden. Es sei nur auf den Verfall von Handel, Handwerk und Gewerbe, auf die Verwahrlosung der pommerischen Seebäder und schlesischen Kurorte und auf den tiefen Absturz der Lebensführung hingewiesen.

Auf einem Gebiet wird die polnische Absicht, diese Veränderung zu sanktionieren, besonders deutlich: in der Kulturpolitik. Durch Schulen, Theater, Presse, Volksbüchereien, Kulturhäuser usw. ist die polnische Verwaltung eifrig bemüht, der neuen Bevölkerung in den West- und Nordwojewodschaften neben einem kommunistischen Gesellschaftsempfinden das Bewußtsein des rechtmäßigen Besitzes dieser Gebiete zu vermitteln und zur Grundlage der Einwurzelung zu machen. Besonders die mit großen staatlichen Mitteln geförderte historische Wissenschaft versucht von Breslau, Danzig, Stettin und Posen aus, einen historischen Anspruch Polens auf Ostdeutschland mit wissenschaftlichen und populären Publikationen zu konstruieren. Selbst prähistorische Aus-



Der Rückgang der Landwirtschaft in den deutschen Ostgebieten zeigt sich äußerlich in den durch Kriegshandlungen oder in der Folgezeit zerstörten und nicht wieder aufgebauten Gütern und Höfen. Das Bild wurde in Preußisch-Holland in Ostpreußen aufgenommen
Foto: Keystone

grabungen und — neben dem Verfall von zahllosen Baudenkmalern — Restaurierungsarbeiten im historischen Danzig, Breslau und Stettin dienen der Verkündung einer angeblich polnischen Geschichte dieser Länder, Städte und ihrer einstigen Bewohner. In den Dienst der Kulturpropaganda und „Wiederbelebung“ haben sich besonders seit 1957 Kommissionen von Partei, Regierung und Sejm, vor allem aber die „Gesellschaft zur Entwicklung der Westgebiete“ gestellt.

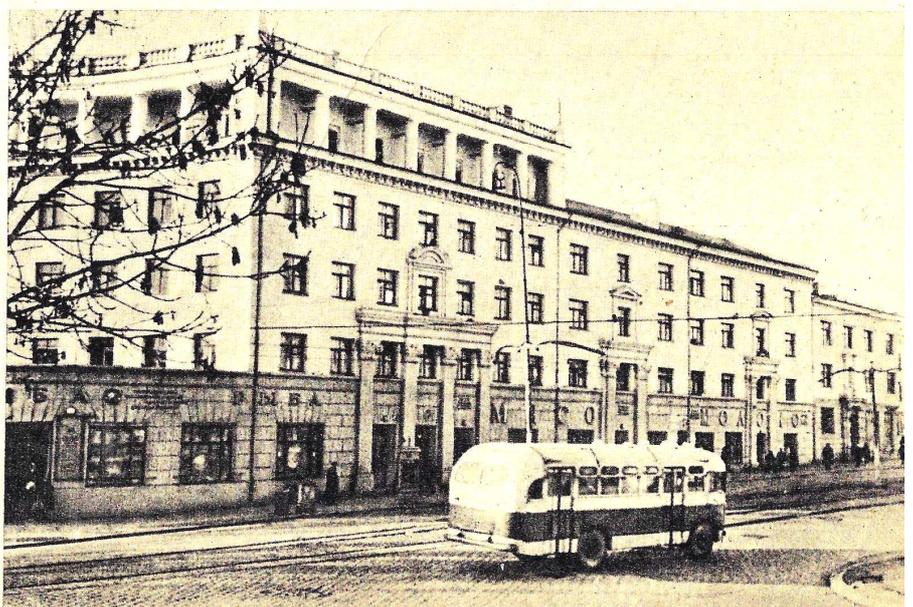
Trotzdem ist es nicht gelungen, den 1956 scheinbar überwundenen Zustand der Apathie zu durchbrechen, das Gefühl der Vorläufigkeit in einen vorwärtsstrebenden Integrationswillen zu verwandeln. Wenn heute die Vernachlässigung der „wiedergewonnenen Gebiete“ offiziell zugegeben und verurteilt und zugleich versichert wird, diese seien nun wirklich ein Teil des historischen und gegenwärtigen polnischen Organismus, so sind doch die großen Zweifel der Bevölkerung aus den vergangenen Jahren kaum zu überwinden. Sie entstammen vor allem dem durch nichts zu beruhigenden Gewissen, das Recht von Unrecht zu scheiden weiß und im Nutzungserfolg, den Polen mit Ostdeutschland erreichen könnte, noch kein moralisches Anrecht auf diese Gebiete zu erblicken vermag. Wie aber steht es um den derzeitigen völkerrechtlichen Status der deutschen Ostgebiete?

Die völkerrechtliche Lage

Nur der rechtmäßige Abschluß eines den Zweiten Weltkrieg beendenden Friedensvertrages kann für die territorialen und politischen Fragen der Oder-Neiße-Gebiete eine völkerrechtliche Grundlage schaffen. Die deutsche Kapitulation vom 8. Mai 1945 und das Schlußkommuniqué der Alliierten in Potsdam vom 2. August 1945 und alle ihm folgenden staatsrechtlichen Entwicklungen in den ehemaligen Besatzungszonen oder in den fremder Verwaltung unterstehenden Gebieten Deutschlands können keine Lösung präjudizieren. Sie reichen über den Stand lediglich faktischer Maßnahmen und provisorischer Veränderungen nicht hinaus, auch wenn alle Alliierten während des

Krieges zu erkennen gaben, daß sie eine Neufestsetzung der deutschen Ostgrenze begehren, und die Sowjetunion mehrfach von einer „endgültigen Festlegung“ der Ostgrenze in Potsdam gesprochen hat, die sie als einen Ausgleich für die von Polen gewonnenen Gebiete betrachtet, und wenn auch zwischen Polen sowie dem Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands 1950 eine Erklärung der Oder-Neiße-Linie zur „Friedensgrenze“ zustande gekommen ist. Zu einer vertraglichen Vereinbarung über die deutschen Ostgrenzen ist aber nur eine Regierung fähig, die von der betroffenen ansässigen Bevölkerung in rechtsstaatlicher Weise, also durch freie Wahlen, legitimiert worden und diese Befugnisse auch frei zu handhaben in der Lage ist. Die Verfügungsgewalt dieser Regierung über die fraglichen Gebiete findet jedoch auf jeden Fall ihre Grenze in dem Selbstbestimmungsrecht der im strittigen Gebiet ehemals ansässigen und heimatberechtigten Bevölkerung. An der völkerrechtlichen Vorläufigkeit des Status der deutschen Ostgebiete können keine einseitigen polnischen oder sowjetischen Maßnahmen auf irgendeinem Gebiet der Verwaltung, Wirtschaft, Staatsangehörigkeit oder Kirche etwas ändern. Gerade die ablehnende Stellung des Vatikans gegenüber den polnischen Versuchen, eine kanonische

In den Randbezirken der im Zentrum zerstörten Stadt Königsberg wurden einige neue Straßen sowjetischen Baustils angelegt. Im Bild der „Stalingrad-Prospekt“, die neue Hauptstraße Königsbergs
Foto: Lit. Kor. Boldt



Zustimmung zu der vom polnischen Episkopat vorgenommenen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu erreichen, ist bezeichnend.

In den Beschlüssen von Potsdam ist davon eindeutig die Rede, daß sowohl die endgültige Bestimmung der Westgrenze der Sowjetunion mit Deutschland in Ostpreußen als auch die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens der Friedensregelung vorbehalten bzw. bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden sollen, auch wenn die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter die Verwaltung des polnischen Staates gestellt und daher nicht als ein Teil der sowjetischen Besatzungszone betrachtet werden sollten, und der Präsident der USA sowie der britische Premierminister erklärten, den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion bei der Friedensregelung zu unterstützen. Die zunehmende Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, die im gesamten europäischen Osten bedrohliche vollendete Tatsachen geschaffen hatte, führte dazu, daß die Westmächte immer deutlicher auf die Vorläufigkeit des Potsdamer Kommuniqués hingewiesen haben. Seit der Stuttgarter Rede des amerikanischen Staatssekretärs Byrnes vom 6. September 1946 ist der jetzige faktische Status der deutschen Ostgebiete wiederholt als rechtlich unregelmäßig bezeichnet worden. Vor allem aber hat die Bundesregierung wiederholt in feierlichen Erklärungen ihren Standpunkt dargelegt, u. a. anlässlich der Auf-

nahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. In der großen Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 hieß es, „daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß. Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen. Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Verhandlungen darüber keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann.

Sie hält aber auch daran fest, daß eine Lösung der Grenzfrage nur auf dem Verhandlungswege denkbar ist und ohne jede Androhung oder gar Anwendung von Gewalt erfolgen muß. Die Bundesregierung hält es für notwendig, diese Erklärung auch heute zu wiederholen. Sie weiß sich der Zustimmung des deutschen Bundesrates und des deutschen Volkes sicher — also auch der Deutschen, deren Heimat östlich der Oder-Neiße-Linie liegt, und die sich in der Charta der Heimatvertriebenen mit gleicher Eindringlichkeit zu einer friedlichen Regelung der Grenzfrage und zum Gewaltverzicht bekannt haben.“

LITERATURVERZEICHNIS

1. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches. Im Auftr. d. J. G. Herder-Forschungsrates hrsg. v. G. Rhode. 4. verb. Aufl. Holzner-Verl., Würzburg 1957.
2. P. H. Seraphim, Die Wirtschaft Ostdeutschlands vor und nach dem Zweiten Weltkrieg (Die deutschen Ostgebiete, hrsg. v. H. Schlenger, Bd. I) Brentano-Verl., Stuttgart 1952.
3. H. J. v. Koerber, Die Bevölkerung der deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung. Eine Untersuchung der Bevölkerungsvorgänge und -Probleme seit 1945 (Osteuropa-Institut an der Freien Univ. Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, hrsg. v. K. C. Thalheim, Band 6) Duncker u. Humblot-Verlag, Berlin 1958.
4. R. Neumann, Ostpreußen unter polnischer und sowjetischer Verwaltung (Ostdeutschland unter fremder Verwaltung 1945—1955, hrsg. v. J. G. Herder-Forschungsrat, Bd. 1) Metzner-Verl., Frankfurt/M.-Berlin 1955.
5. E. Bahr, Ostpommern unter polnischer Verwaltung (Ostdeutschland unter fremder Verwaltung 1945—1955, hrsg. J. G. Herder-Forschungsrat, Bd. 3) Metzner-Verl., Frankfurt/M.-Berlin 1957.
6. H. v. Krannhals, Ostdeutschland — heute. Eine Übersicht (Ostbrief, Mitteilungen d. Ostdeutschen Akademie Lüneburg), 2. erw. Aufl., Lüneburg 1956.
7. Ostdeutschland unter polnischer Verwaltung (Vorträge gehalten auf d. Tagung des Steinbacher Kreises in Herne, Januar 1957 — H. Groß, G. Rhode, G. W. Strobel — Schriftenreihe f. d. Ost-West-Bewegung, Vortragsheft 12). Hrsg. v. Arbeits- u. Sozialminister d. Landes Nordrhein-Westfalen 1958.
8. Ostdeutschland. Ein Hand- und Nachschlagebuch über alle Gebiete ostwärts von Oder und Neisse. Hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis. 3. Aufl. Holzner-Verl., Kitzingen 1953.
9. Amtliches Gemeindeverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung nach dem Gebietsstand am 1. 9. 1939. Bundesanstalt f. Landeskunde, Remagen 1953.
10. G. Geilke, Die Lösung der Deutschen Frage im Lichte polnischer Gesetze. (Als Manusk. verv.), Hamburg 1954.
11. B. Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland. Duncker u. Humblot-Verl., Berlin 1956.
12. J. Kaps, Die katholische Kirchenverwaltung in den deutschen Diözesen östlich der Oder/Neisse. In: Archiv f. Schles. Kirchengeschichte, XIII, 1955.
13. I. Rhode, Zur Lage der evangelischen Deutschen jenseits Oder und Neisse. In: Der Remter, 1956.
14. R. P. Rochlin, Die Wirtschaft Polens von 1945 bis 1952.
15. K. Rabl, Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete. (Veröff. d. Hochschule f. Politische Wissenschaften, München). Isar-Verl., München 1958.
16. H.-P. Kosack, Versuch des Entwurfs einer Verwaltungskarte des nördlichen Ostpreußen nach dem Stande v. 1. Januar 1955. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde, hrsg. v. d. Bundesanstalt f. Landeskunde, Remagen, Bd. 13, H. 1, Februar 1957.
17. Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse im Spiegel der polnischen Presse. Hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis. Holzner-Verl., Würzburg 1958.
18. „... in einem fremden Land“ (J. S. Los, Die Lebensbedingungen d. polnischen Einwanderer in den Ostgebieten des Deutschen Reiches nach 1945. Lublin 1947) — ersch. als Nr. 26 der Wissenschaftlichen Übersetzungen des J. G. Herder-Instituts, Marburg/L.
19. M. Dabrowa, J. Mikolajski, Z. Wyczesany, Zur heutigen Lage der deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung. — Ersch. als Nr. 32 der Wissenschaftlichen Übersetzungen des J. G. Herder-Instituts, Marburg/L.
20. Volkstumsfragen in Ostdeutschland unter polnischer Verwaltung. Polnische Pressestimmen 1956/57. — Ersch. als Nr. 34 der Wissenschaftlichen Übersetzungen des J. G. Herder-Instituts, Marburg/L.
21. Ch. Wassermann, Unter polnischer Verwaltung. Tagebuch 1957 mit 163 Originalaufnahmen des Verfassers. Gütersloh 1957.
22. J. Polaczek, Die Entwicklung der oberschlesischen Montanindustrie in den Jahren 1945—1955. — Ersch. als Nr. 35 der Reihe Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas; hrsg. v. Herder-Institut, Marburg/L.
23. P. H. Seraphim, Industriekombinat Oberschlesien (mit 25 Karten von Gerhard Fischer), (Osteuropa und der deutsche Osten, Reihe 3, 1), Köln-Braunsfeld, 1953.
24. 10 Jahre nach der Vertreibung. Äusserungen des In- und Auslandes und eine Zeittafel. Hrsg. v. BM. f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1956.
25. K. Lerch, Deutschland jenseits von Oder und Neisse. Bilder und Berichte aus Niederschlesien, Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Danzig und Pommern. Schlichtenmayer-Verl., Tübingen 1958.
26. Odbudowa Ziemi Odzyskanych, 1945—1955 (Der Aufbau der wiedergewonnenen Gebiete). Gemeinschaftsarbeit unter d. Schriftl. v. K. Piwarski u. St. Zajchowska, Posen, West-Institut, 1957. (Zyklus: Ziemia Staropolski — Altpolnische Lande, Bd. VI), (Ersch. auch als Übersetzung d. J. G. Herder-Instituts).
27. O. Halecki (Editor), Poland. A Volume in the Mid-European Studies Center Series (East Central Europe under the Communists). New York 1957.
28. Rocznik Statystyczny, (Statist. Jahrbuch 1947, 1948, 1949 und 1955, 1956, 1957). Hrsg. v. Statist. Hauptamt d. Volksrepublik Polen.
29. J. Kokot, Logika Poczdamu (Die Logik von Potsdam). Kattowitz 1957.
30. B. Wiewióra, Die polnisch-deutsche Grenze im Lichte des internationalen Rechts (Granica polsko-niemiecka w swietle prawa miedzynarodowego, dt.), Göttinger Arbeitskreis, 1958.